

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.383.886

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)6791/J-NR/2021

Wien, am 26. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Elisabeth Herr, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Mai 2021 unter der Nr. **6791/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

- 1. Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen haben Sie seit Beantwortung der Anfrage 3284/J am 4. November 2020 ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
 - a. Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?
 - b. Wie viele Tonnen CO₂ können damit eingespart werden?
- 3. Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende 2021 zu ergreifen, um die durch ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
 - a. Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?
 - b. Wie viele Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden?

Hinsichtlich der Maßnahmen in der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz verweise ich auf die Ausführungen in meiner Anfragebeantwortung vom 4. November 2020 (3287/AB). Sämtliche dort angeführten Maßnahmen wurden und werden weiterverfolgt. Leider haben sich in einigen Bereichen, wie z.B. der in Prüfung befindlichen Möglichkeit zur Nutzung der Abwärme des Serverraums für Heizzwecke und zur Warmwassergewinnung, aufgrund der COVID-19-Pandemie Verzögerungen ergeben.

Zusätzlich zu den bereits in zitierten Anfragebeantwortung genannten Maßnahmen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften, befindet sich derzeit ein Pilotprojekt der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. in Zusammenarbeit mit der Verbund AG zur Errichtung von Ladestationen für Elektro-Autos in Planung. Hierzu wird an jedem Oberlandesgerichtssprengel zumindest ein Pilotstandort definiert. Die Ladestationen stehen den öffentlichen Besucher*innen sowie den Bediensteten zur Verfügung. Ziel dieses ausschließlich von den o.a. Projektpartnern finanzierten und betriebenen Projektes ist das Schaffen von Anreizen für den Einstieg in die Elektromobilität für unterschiedliche Nutzergruppen.

Zudem befindet sich ein weiteres Projekt der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. zur Treibhausreduktion in Umsetzung. Hierbei werden Photovoltaik-Anlagen auf Justizgebäuden, welche sich im Eigentum der BIG oder ARE befinden, errichtet. Für das Ressort fallen keinerlei Kosten an, zudem wird direkt „sauberer“ Strom aus der PV-Anlage bezogen.

Was die Maßnahmen im Bereich des Strafvollzugs anlangt, so verweise ich zunächst grundsätzlich auf die Beantwortungen der einschlägigen Voranfragen Nr. 3445/J-NR/2019 betr. Maßnahmen zur CO₂-Reduktion im BMVRDJ durch meinen Amtsvorgänger Prof. Dr. Jabloner vom Juni 2019 sowie zur bereits erwähnten Voranfrage Nr. 3284/J-NR/2020 betr. ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz durch mich vom November 2020.

Darüber hinaus kann ich aktuell mitteilen, dass Ausschreibungen für neue Energieeinsparverträge für die Justizanstalten Stein und Garsten eingeleitet wurden. Weitere Angaben dazu können erst nach Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse, nach dem Verhandlungsverfahren und den Auftragsvergaben (voraussichtlich im Spätherbst 2021) gemacht werden.

Zudem konnten im Rahmen von Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in einigen Justizanstalten auch Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen erfolgen. Es handelt sich dabei um die Erneuerung der Fenster im Hafttrakt der Justizanstalt Wien-Mittersteig, eine Erhöhung der Wärmedämmung im Rahmen der Sanierung/Erneuerung des Daches bei der Buchbinderei in der Justizanstalt Stein, eine Erhöhung der Wärmedämmung im Rahmen der Sanierung/Erneuerung des Daches beim Betriebsgebäude der Justizanstalt Garsten, der Einbau einer thermischen Türanlage im Bereich der Verwaltung der Justizanstalt Innsbruck und den Einbau einer Photovoltaikanlage (im Rahmen des Energieeinspar-Contractings) in der Justizanstalt Hirtenberg.

Die Kosten für diese Maßnahmen in den jeweiligen gesamten Sanierungs- und Instandsetzungskosten sind inkludiert und können daher nicht gesondert angegeben werden.

Zur Frage 2:

- *Welchen Betrag (in Euro) haben Sie insgesamt seit Antritt der Regierung in Ihrem Ministerium für Klimaschutzmaßnahmen investiert?*
 - a. *Wie viele Tonnen CO₂ konnten damit seit Antritt der Regierung eingespart werden?*

Die Angabe eines Betrags, der in solche Maßnahmen investiert wurde, ist mir leider nicht möglich, weil viele Maßnahmen im Rahmen von Beschaffungen erfolgen, die nicht ausschließlich zu diesem Zweck erfolgen. So wäre es etwa wenig hilfreich, die gesamten Kosten für den Richtlinien für Green Meetings entsprechende Beschaffungen von Lebensmitteln oder die Kosten für LED-Leuchtmittel anzugeben. Im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs läuft der größte Anteil der Investitionen über Energieeinspar-Contracting-Pools, deren Abrechnungen für das Jahr 2020 noch nicht vorliegen. Ich bitte daher um Verständnis, dazu – jedenfalls mit vertretbarem Verwaltungsaufwand – keine näheren Angaben machen zu können.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *4. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*
- *5. Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes*

stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)

Mir liegen dazu keine Berechnungen vor. Ich verweise grundsätzlich auf die Beantwortung der Parallelanfrage durch die federführend zuständige Frau Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Zur Frage 6:

- *In Ihrer Anfragebeantwortung 3287/AB verweisen Sie beim aktuellen CO₂-Ausstoß auf die Energiestatistik des Bundes 2018, wonach für die Dienststellen, die sich zu 100% im Eigentum des Bundes stehen und von Ihrem Ministerium genutzt werden, für Strom und Wärme 13.712,5 Tonnen CO₂ angefallen sind.*
 - a. Welche Schritte setzen Sie, um diese Emissionen zu senken?*

Im Rahmen der budgetären Möglichkeiten erfolgen die Weiterführung der Energieeinspar-Contractings (Qualitätssicherung und Optimierung der vorhandenen Energie- und Haustechnikanlagen zur Energie- und Energiekostenreduktion), Verbesserungen im Zuge von Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Justizanstalten wie z.B.: Fassaden- und Fenstersanierungen, Dachsanierungen, Ausbau von Photovoltaikanlagen und dergleichen.

Zur Frage 7:

- *Schritte zur Erhebung der CO₂-Emissionen, die über die Energiestatistik des Bundes hinausgehen, verneinen Sie in Ihrer Anfragebeantwortung 3287/AB. Planen Sie dies zu ändern?*
 - a. Wenn ja, wie?*
 - b. Wenn nein, wie wollen Sie Fortschritte in Ihrem Ministerium auf dem Weg zur Klimaneutralität messen?*
 - c. Wenn nein, wie wollen Sie die Wirkung von gesetzten Maßnahmen evaluieren?*

Ich verweise hinsichtlich des Etappenplans zum Erreichen der Klimaneutralität und dessen Evaluierung auf die federführende Zuständigkeit der Frau Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Zur Frage 8:

- *Zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung 3287/AB war die Planung zum neuen Besucherzentrum inkl. Torwache sowie eines Arbeitsbetriebes in der Justizanstalt*

Sonnberg in einer zu frühen Planungsphase um über Energiestandard und Stromerzeugung Auskunft zu geben. Ist dies mittlerweile möglich?

a. Wenn ja, welche Informationen zu Energiestand und Stromerzeugung gibt es?

Die Planung befindet sich noch in der Vorentwurfsphase. Verlässlichere Angaben können erst im Laufe der konkreteren Planung gemacht werden.

Zur Frage 9:

- Gibt es in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) Änderungen beim Fuhrpark im Vergleich zu den in Anfragebeantwortung 3287/AB zu findenden Angaben?*

a. Wenn ja, welche?

Um ein den naBe-Kernkriterien 2020 entsprechendes Fuhrparkmanagement im Ressort weiter zu betreiben, werden seit 1.1.2021 nach Möglichkeit nur noch Fahrzeuge mit Elektro- oder Elektro-Mischantrieb (Plug-In-Hybrid) beschafft. Ab dem Jahr 2027 werden sämtliche beschaffte Dienstkraftwagen aus reinen Elektrofahrzeugen (BEV) oder Wasserstoffbrennstoffzellen-Fahrzeugen (FCEV) bestehen.

Die Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz verfügt derzeit über einen Fuhrpark von sechs Fahrzeugen. Bei einem der Fahrzeuge handelt es sich unverändert um einen „Plug-In-Hybrid“ (Mischantrieb), ein weiteres verfügt über einen rein elektrischen Antrieb. Die vier weiteren Fahrzeuge verfügen über einen Diesel-Antrieb. Bei sämtlichen Anschaffungen von Fahrzeugen wird – sofern im Einzelfall möglich – eine Umstellung auf einen Mischantrieb (Plug-In-Hybrid) oder Elektroantrieb angestrebt. Konkret ist derzeit geplant, demnächst ein weiteres Fahrzeug durch ein neues Modell mit Mischantrieb zu ersetzen.

Darüber hinaus verweise ich auf meine Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen vom 19. Mai 2021 unter der Nr. 6635/J-NR/2021 betr. E-Mobilität bei Dienstwagen in den Bundesministerien - Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen.

Zur Frage 10:

- In Ihrer Anfragebeantwortung 3287/AB geben Sie an, dass in der Zentralstelle Ihres Ministeriums bereits Lademöglichkeiten für Elektro- und Plug-In Hybrid-Fahrzeuge bestehen. Wie viele?*

a. Planen Sie diese auch in anderen Stellen ihres Ministeriums einzurichten?

Die Zentralstelle verfügt derzeit über drei gleichzeitig benutzbare Lademöglichkeiten.

An allen Standorten der Oberlandesgerichte und Landesgerichte werden bereits Lademöglichkeiten für dienstliche Elektro- und Plug-In Hybrid-Fahrzeuge errichtet.

Zur Frage 11:

- *Über die Corona-Pandemie hinaus, wie planen Sie Reisen im Zuge Ihrer Tätigkeit als Ministerin sowie Reisen von MinisteriumsmitarbeiterInnen umweltfreundlich zu gestalten?*
 - a. Werden Sie und Ihr Ministerium die Möglichkeit digitaler Konferenzen auch über die Corona-Pandemie hinaus nutzen, um Reisen in und außerhalb von Österreich auf ein Minimum zu reduzieren?*

Ja. Die zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Zentralstelle trotz intensiver Verlagerung der Arbeitstätigkeit ins „Home Office“ während der COVID-19-Pandemie beschafften Arbeitsmittel und den Bediensteten zur Verfügung gestellten Tools zur Abhaltung von Videokonferenzen werden diesen auch nach der Rückkehr zu einem weitestgehend „normalen“ Betrieb selbstverständlich weiterhin zur Verfügung stehen und damit einen Beitrag zur Reduktion von vermeidbaren Reisebewegungen leisten.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

